

COMMUNIQUÉ

Finanzierung Agglomerationsverkehr – Gegenvorschlag zur avanti-Initiative

Strassenbedürfnisse ausgeblendet

Zu Recht will die Landesregierung das Engagement des Bundes punkto Finanzierung des Agglomerationsverkehrs verstärken. Die heute im Gegenvorschlag zur avanti-Initiative gemachten Präzisierungen sind für den Schweizerischen Strassenverkehrsverband FRS jedoch unannehmbar.

Laut den Materialien zum Gegenvorschlag zur avanti-Initiative will der Bundesrat richtigerweise auch das Engagement für den Agglomerationsverkehr verstärken. Zu diesem Zweck soll im Rahmen des bereits dem Parlament zugeleiteten Bundesbeschlusses über die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA) ein neuer Art. 86 Abs. 2 Bst. b^{bis} in der Verfassung festgeschrieben werden. Dieser Artikel soll es ermöglichen, für „Massnahmen zur Verbesserung des Verkehrsablaufs in Städten und Agglomerationen“ Mineralölsteuererträge zu verwenden. Dass besagter Artikel viel zu vage formuliert ist und dass er Begehrlichkeiten aller Art Tür und Tor öffnet, hat der Schweizerische Strassenverkehrsverband FRS von Anfang an bemängelt. Seine schlimmsten Befürchtungen sind nun eingetroffen:

Indem der Bundesrat die Vorschläge der Expertengruppe Bieri völlig uminterpretiert, will er beim Agglomerationsverkehr von den vorgesehenen rund 350 Millionen Franken an Mineralölsteuererträgen rund einen Drittel zur Erhöhung der Investitionsmittel bei den Leistungsvereinbarungen mit Bahnen (z.B. SBB) sowie rund zwei Drittel schergewichtig für den öffentlichen Verkehr (öV) einsetzen. Die nachweisbaren und berechtigten Bedürfnisse des privaten Strassenverkehrs hingegen werden weitestgehend nicht beachtet. Diesem Ansinnen erteilt der Strassenverkehrsverband FRS ein strikte Absage.

Die knappen finanziellen Ressourcen müssen dort angelegt werden, wo sie den grössten Nutzen stiften. Dies ist in erster Linie bei der Verbesserung der Strasseninfrastruktur der Fall, auf der in den helvetischen Städten und Agglomerationen im Durchschnitt bis zu zwei Drittel des öffentlichen Verkehrs (Trambahnen, Trolley- und Autobusse) abgewickelt werden. Aus diesem Grund fordert der Strassenverkehrsverband FRS, dass die vom Strassenverkehr aufgebracht Gelder zugunsten des Agglomerationsverkehrs mindestens zur Hälfte auch den Infrastrukturen des Verkehrsträgers Strasse zugute kommen. Um Schienengrossprojekte für den Agglomerationsverkehr zu realisieren, ist zur Deckung des Finanzmittelbedarfs auf den FinöV-Fonds zurückzugreifen. Ferner sind rein bahnspezifische Vorhaben weiterhin auf die entsprechende Eisenbahngesetzgebung abzustellen.

Der Schweizerische Strassenverkehrsverband FRS (Fédération routière suisse) ist die Dachorganisation der Automobilwirtschaft und des privaten Strassenverkehrs. Der Strassenverkehrsverband FRS umfasst rund 40 Verbände aus der Automobil- und Strassenwirtschaft sowie aus den zahlreichen helvetischen Strassenbenutzer- und Fahrlehrerorganisationen.

Bern, den 15. Mai 2002